II-11438 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5504 /J 1993 -11- 08

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Nebenbahnen

Mehrfach wurde in der vergangenen Woche seitens der neuen Führung der ÖBB die massive Gefährdung und geplante Schließung mehrerer österreichischer Nebenbahnen angekündigt. Als Erhaltungsmöglichkeit wurde dabei in erster Linie die mit dem neuen ÖBB-Gesetz nun machbare und notwendige Mitfinanzierung durch die Länder dargestellt.

Die Grünen erachten Österreichs Nebenbahnen als notwendigen und wichtigen Bereich einer anzustrebenden Flächendeckung des öffentlichen Verkehrs und fordern deshalb nicht nur deren Erhalt, sondern als Vorbedingung für eine verbesserte Kosten-Nutzenrelation deren Attraktivierung.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE:

- 1. Für welche österreichische Nebenbahnen läuft der gesetzliche Erhaltungsauftrag mit welchem Termin aus?
- 2. Welches Datenmaterial über die derzeitigen Auslastungsgrade, die an Entwicklung in den Jahren seit 1985 sowie angestellte Kosten-Nutzenberechnungen liegen dem Verkehrsministerium derzeit vor?

- 3. In welchen konkreten Fällen kam es bei den entsprechenden Finanzierungsverhandlungen mit den Ländern bereits zu konkreten Abschlüssen mit welchen konkreten Details?
- 4. Bis zu welchem Zeitraum sind die Verhandlungen mit den Ländern limitiert?
- 5. Welche Gesamtkosten erwuchsen einerseits der ÖBB und andererseits dem Bundesbudget in den Jahren 1980 bis 1993 jeweils aus dem Titel Erhaltung der Nebenbahnen?
- 6. Liegt dem Verkehrsminister ein Detailkonzept über die Zukunft von Österreichs Nebenbahnen vor? Wenn ja, welche konkreten Stillegungen und welche konkreten Attraktivierungsmaßnahmen sind darin geplant? Wenn nein, wann soll es zur Erarbeitung eines derartigen Nebenbahnenkonzeptes der Bundesregierung kommen?